

KATHOLISCHE KIRCHE IN SPANIEN

Hunderttausende könnten Opfer von Missbrauch sein

VON HANS-CHRISTIAN RÖSSLER, MADRID - AKTUALISIERT AM 03.11.2023 - 07:18



Fast zwölf Prozent aller Spanier wurden sexuell missbraucht, knapp eine halbe Million im religiösen Umfeld. Doch für die Kirche ist die staatliche Studie unglaublich.

Von den Missbrauchsvorwürfen wollte die katholische Kirche lange nichts wissen. Die spanischen Bischöfe gehörten zu den Letzten in Europa, die vor anderthalb Jahren eine eigene Untersuchung in Auftrag gaben – nur in Polen dauerte es noch länger. Doch ihnen kam der staatliche Ombudsmann zuvor. Im Auftrag des Parlaments legte er zum ersten Mal Zahlen vor. Sie sind erschütternd: 11,7 Prozent der spanischen Bevölkerung wurden als Kinder und Jugendliche demnach sexuell missbraucht. Das geht aus der gut 770 Seiten umfassenden Studie hervor, die auf Zeugenaussagen und einer Befragung von mehr als 8000 Spaniern basiert.



Hans-Christian Rössler

Der Bericht bringt auch die katholische Kirche in Bedrängnis, die jahrelang so getan hatte, als sei Spanien die große Ausnahme auf der Welt. Nun gaben 1,13 Prozent der Befragten an, sie seien als Minderjährige „im religiösen Umfeld“ Opfer sexueller Übergriffe geworden; die Hälfte der Täter seien Priester und Ordensleute gewesen. Der staatliche Bericht des Ombudsmanns

Politischer Korrespondent für die Iberische Halbinsel und den Maghreb mit Sitz in Madrid; zuvor Korrespondent in Israel.

Folgen

nennt keine Opferzahlen, aber der Ombudsmann weist darauf hin, dass in Spanien knapp 39 Millionen Erwachsene leben. Hochgerechnet wären das rund 445.000 Fälle. Das wären deutlich mehr als im benachbarten Frankreich, wo eine Untersuchung Ende 2021 auf bis zu 330.000 Missbrauchsfällen kam. Die Studie erschütterte damals die Kirche in ihren Grundfesten.

Kirchenleitung mauert

In Spanien haben die neuen Zahlen Entsetzen hervorgerufen, aber die Kirchenleitung mauert weiter. Nach ihrer Ansicht entsprechen sie „nicht der Wahrheit“: Der Vorsitzende der **Bischofskonferenz**, Kardinal Juan José Omella, nennt die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchung „Lügen, die dazu dienen, zu täuschen“. Bisher hatten die Bischöfe bei Missbrauchsvorwürfen zur Zurückhaltung gemahnt, da verlässliche Angaben fehlten. Jetzt gibt es erstmals im ganzen Land erhobene Daten, und sie lehnen Schlussfolgerungen und Methodik ab, weil die Zahlen aus den Prozentzahlen der Umfrage einfach hochgerechnet worden seien. Von einem „Tanz der Zahlen“ spricht die Bischofskonferenz. „Sie bringen uns letztlich nicht weiter, wir müssen uns um die Menschen kümmern: ihnen zuhören, sie begleiten und Wiedergutmachung leisten“, sagt Erzbischof Omella. Zugleich drückte die Bischofskonferenz ihr „Bedauern über das von einigen Mitgliedern der Kirche verursachte Leid“ aus und bat um Vergebung.

Doch die Kirchenleitung fühlt sich zu Unrecht stigmatisiert und ist empört darüber, dass die staatliche Studie das kirchliche Umfeld in den Vordergrund stellt. Denn der Ombudsmann kommt auch zum Ergebnis, dass der Missbrauch in gut einem Drittel der Fälle im familiären Umfeld geschah. Die Kirche wie staatliche Institutionen hätten zu wenig getan, um den Missbrauch von Kindern zu verhindern, klagt Ángel Gabilondo: „Das Schweigen derer, die mehr hätten tun können, um dies zu verhindern, ist erwiesen.“ Aber auch die Aufarbeitung komme nicht richtig voran, bis zuletzt kooperierten mehrere Bischöfe nicht mit seiner Untersuchungskommission.

Debatte über Entschädigungsfonds

Den Vorschlag Gabilondos, gemeinsam mit dem Staat Entschädigungsfonds einzurichten, lehnt die Bischofskonferenz ab. „Missbrauch von Kindern ist ein soziales Problem, auf das alle öffentlichen und privaten Institutionen reagieren müssen“, macht sie zur Bedingung. Es dürfe keine „Opfer erster und zweiter Klasse“ geben. Bei einem Fonds müssten sich Sportverbände und andere Bildungseinrichtungen beteiligen.

In Spanien ist es der Hartnäckigkeit der Zeitung „El País“ zu verdanken, dass man überhaupt so weit ist. Sie hatte 2018 eine erste Artikelserie veröffentlicht und schaffte es schließlich, die Mauer des Schweigens einzureißen. Immer mehr Opfer meldeten sich bei der Redaktion. Erst vier Jahre später wurden Staat und Kirche aktiv. Bis heute verfügt „El País“ über die einzige Datenbank, die ständig aktualisiert wird. Aktueller Stand: 2206 Opfer und 1036 Beschuldigte. Jahrelang stellte die Bischofskonferenz diese Arbeit infrage.

Im Mai 2023 legte sie dann ihren eigenen Bericht „Licht geben“ vor, der auf der Arbeit der in den Diözesen oder bei den Ordensgemeinschaften eingerichteten Anlaufstellen beruht. Demnach wurden von 1945 bis 2022 mindestens 927 Minderjährige in kirchlichen Institutionen sexuell missbraucht. Verantwortlich waren mindestens 728 Täter. Die Mitarbeiter des staatlichen Ombudsmanns hatten selbst 487 Opfer befragt.

Diese Zahlen sind nur Schlaglichter. Das macht der Blick ins Nachbarland Portugal deutlich. Dort hatte die Bischofskonferenz 2021 eine unabhängige Untersuchungskommission beauftragt und ihr freie Hand gegeben. Sie kam in ihrem im März veröffentlichten Abschlussbericht auf 4815 Kinder und Jugendliche, die seit 1950 missbraucht wurden – „nur die Spitze des Eisbergs“ in einem Land mit gut zehn Millionen Einwohnern. In Portugal wie in Spanien gehen Experten ebenfalls von einer hohen Dunkelziffer aus, da viele Traumatisierte weder die Kraft noch das Vertrauen haben, ihr Schweigen zu brechen.

MEHR ZUM THEMA



MISSBRAUCH IN DER KIRCHE

Die Bischöfe lassen sich Zeit



MARKO RUPNIK

**Betreibt der Papst
persönlich die
Rehabilitierung eines
Missbrauchstäters?**



MISSBRAUCH IN DER KIRCHE

**Betroffenenbeirat wirft
Bätzing Missachtung der
Opfer vor**

Das bekam die Untersuchungskommission zu spüren, die die spanische Bischofskonferenz im Februar 2022 eingesetzt hatte – nachdem der Ombudsmann seine Arbeit aufgenommen hatte. Doch bei der von den Bischöfen beauftragten Madrider Kanzlei Cremades & Calvo-Sotelo meldeten sich angeblich nur etwas mehr als hundert Opfer. Zum Misstrauen hatte beigetragen, dass Kanzleichef Javier Cremades der ultrakonservativen katholischen Organisation Opus Dei angehört. Vor Kurzem trennte man sich laut Presseberichten erst von dem Juristen Alfred Dagnino. Er hatte dem Ombudsmann „Rassismus“ vorgeworfen, weil er nur die Kirche untersuche. Das Verhältnis der Bischöfe zur eigenen Kommission wirkt zerrüttet. Sie sind offenbar verärgert darüber, dass Gabilondo ihnen zuvorgekommen ist. In Madrid ist von einem „Ultimatum“ bis Ende November für den Abschlussbericht die Rede.

Quelle: F.A.Z.

[Hier](#) können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben.

ÄHNLICHE THEMEN

KIRCHE

KATHOLISCHE KIRCHE

SPANIEN

EL PAIS

ALLE THEMEN